

Bezugsabonnenten und Einzelverkauf
finden in der Morgenausgabe angeben
Redaktion: SW. 68, Cindenbergstr. 3
Fernsprecher: Dönhoff 282 - 287
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

10 Pfennig

Sonnabend

5. Februar 1927

Verlag und Anzeigenabteilung
Geschäftsjahr 8 1/2 bis 5 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH,
Berlin SW. 68, Cindenbergstr. 3
Fernsprecher: Dönhoff 282 - 287

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Der Kapp-Landrat als Reichsminister.

Er leugnet, wird aber überführt! - Marx kündigt Untersuchung an.

Die heutige Reichstagsitzung brachte eine Ueberraschung, als das Haus über die Vertrauens- und Mißtrauensanträge für die Regierung abstimmen sollte. Infolge der neuen Enthaltungen des Abg. Landsberg (Soz.), dem der Kapp-Minister Keudell nur hilflose Ausflüchte entgegenzusetzen mußte, beantragte das Zentrum die Vertagung des Hauses um eine Stunde.

Die Vertagung wurde beschloffen, obwohl vorher Reichskanzler Dr. Marx eine Untersuchung der Vorwürfe gegen Keudell angekündigt hatte. Die Abgeordneten gingen in großer Erregung auseinander, um zu den neu bekanntgewordenen Tatsachen Stellung zu nehmen.

Damit die breiteste Öffentlichkeit darüber entscheiden kann, welcher Art diese Kundgebungen waren, die die Unterschrift von Keudell tragen und von ihm gedruckt und verbreitet wurden, bringen wir hier den Wortlaut zweier solcher Bekanntmachungen:

Sonderblatt.

Zu Nr. 22 des amtlichen Kreisblattes für den Königsberger Kreis. Ausgegeben am 17. März 1920.

Bekanntmachung.

Die bisherige Regierung ist zurückgetreten. Die Grundlagen der neuen Regierung sind: Die Achtung vor der Verfassung! Neuwahl des Reichspräsidenten und des Reichstags! Arbeit, Ruhe, Ordnung!

Ich bin auf Grund des Gesetzes über den Ausnahmezustand zum Militärbefehlshaber für den Bezirk der Reichswehrbrigade V (Ost-Brandenburg, Restkreise von Posen und Kreise Glogau, Freystadt, Grünberg und Fraustadt) ernannt.

Es handelt sich für uns alle um Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung! Politische Stellungnahme ist hierbei gleichgültig! Generalfreie bedeutet unseren Untergang, gleichviel unter welcher Regierung.

Ich ordne an:

1. Vorbereitungen und Hehereien zum Generalfreie in den lebenswichtigen Betrieben, Sabotage, sind verboten.

2. Versammlungen unter freiem Himmel sind verboten; in geschlossenen Räumen unterliegen sie meiner Genehmigung.

3. Druck und Vertrieb des „Frankfurter Volksfreundes“ sind verboten, weil die Zeitung und Druckerlei zum Generalfreie geholt haben. Die Druckerlei wird geschlossen.

Zu 1 bis 3: Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft, falls nicht nach den Gesetzen höhere Strafen angedroht sind.

4. Die Zivilbehörden setzen ihre Tätigkeit fort. Sie sind zunächst zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung an meine Weisungen gebunden.

Ich fordere alle Besonnenen auf, mich in allen Maßnahmen zum ungehinderten Gang des wirtschaftlichen Lebens zu unterstützen. Frankfurt a. d. Ober, 13. März 1920.

Freiherr v. Grüter, Generalmajor
und Führer der Reichswehrbrigade V.

Veröffentlichung:

Die Ortsbehörden haben für Weiterverbreitung zu sorgen. Königsberg i. Neumark, 16. März 1920.

Der Landrat. v. Keudell.

Zweites Sonderblatt.

Zu Nr. 22 des amtlichen Kreisblattes für den Königsberger Kreis. Ausgegeben am 18. März 1920.

Königsberg i. d. Neumark, den 15. März 1920.

Bekanntmachung.

Auf Grund des Gesetzes über den Ausnahmezustand verordne ich im Auftrage des Reichskanzlers (Kappl. D. Red.) im Interesse der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit für den Bereich der Brigade V. Kreis: Krossen, Jänschau, Ost- und Weststernberg, Stadtkreis Frankfurt a. d. Ober, Soldin, Königsberg i. d. Neumark, Landsberg, Friedeberg, Arnswalde, Glogau, Freystadt, Grünberg, Fraustadt, Bomst, Referat, Schwerin a. d. Warthe:

§ 1.

Verboten sind der Druck, öffentlicher Verkauf, die Verteilung oder sonstige Verbreitung aller Telegramme, Plakate, Extrablätter, Flugblätter und Zettel oder ähnlicher nicht periodisch erscheinender Blätter, die irgendwelche Anordnungen oder Kundgebungen der ehemaligen Regierung Ebert-Bauer enthalten.

§ 2.

Zuwiderhandlungen gegen dieses Verbot, die Aufforderung und Anreizung dazu werden, sofern die bestehenden Gesetze keine höhere Freiheitsstrafe bestimmen, mit Gefängnis bis zu 15 000 Mark bestraft. Frankfurt a. d. Ober, 14 März 1920.

Der Militärbefehlshaber:

Freiherr v. Grüter, Generalmajor.
R.-W.-Brigade V. 5. I. K. Nr. 962.

Veröffentlichung:

Die Ortsbehörden ersuche ich für sofortige Weiterverbreitung zu sorgen.

Der Landrat. v. Keudell.

Auf der Rückseite dieses Sonderblattes steht das in der Morgenausgabe wiedergegebene samose Telegramm über die „Eintigung zwischen der alten und der neuen Regierung“.

Wenn die mit Gefängnisdrohungen gespidten Anordnungen der Kapp-Firma Grüter-Keudell befolgt worden wären, wenn sich überall die Arbeiter den Putzschiffen gefügt dann hätten die Hochverräter gesiegt und die Republik wäre gestürzt worden.

Aber die Arbeiter haben sich zur Wehr gesetzt. Auch die katholischen Arbeiter im Westen sind in den Generalfreie getreten und haben für die Republik ihre Haut zu Markte getragen. Jetzt sollen nun die Führer dieser katholischen Arbeiter Herrn von Keudell, der im März 1920, gelinde gesagt, nicht auf der Seite der verfassungstreuen Bevölkerung stand, das Vertrauen aussprechen! So will es das Zentrum...

Der aktive Kappist.

Die Abberufung des Herrn v. Keudell aus seinem Landratsamt ist am 4. Mai 1920 von der organisierten Arbeiterschaft in einer Eingabe an den Minister Severing gefordert worden. In dieser Eingabe heißt es:

„Die organisierte Arbeiterschaft des Kreises Königsberg/Neumark hat in zahllosen Versammlungen, gestützt auf den Erlaß der verfassungsmäßigen Regierung, daß alle am Kapp-Putsch beteiligten Beamten ihrer Ämter enthoben werden, einmütig die Forderung aufgestellt, die Regierung zu ersuchen, den Landrat v. Keudell, welcher mit allen Mitteln vom 13. bis 20. März d. J. gegen die verfassungsmäßige Regierung gearbeitet hat, seines Amtes zu entheben. Die Arbeiterschaft, somit der größte Teil der Bevölkerung des Kreises, sieht bei einem weiteren Verbleiben des Landrats im Amte eine große Gefahr für die Republik und die Ordnung und Sicherheit des Kreises, zumal als erwiesen angenommen werden muß, daß Landrat

v. Keudell von den Vorbereitungen zum Kapp-Putsch bereits längere Zeit unterrichtet war.“

In den Anlagen werden dann folgende weiteren Feststellungen gemacht:

In Jellin ist von dem Amtsvorsteher Hoes Militär zur Verhinderung des von der verfassungsmäßigen Regierung befohlenen Streiks angefordert worden. Die von der Regierung Ebert-Bauer nach dem Putsch herausgegebenen Erlasse sind bis 25. April in Jellin nicht veröffentlicht worden. Im September 1919, als der Pastor Braun sein Amt als Schulverbandsvorsitzender niederlegen wollte, ist er vom Landrat v. Keudell aufgefordert worden, das Amt weiterzuführen, da es doch bald anders läme.

Am 14. März wurde auf Veranlassung des Landrats der Bahn-

hof von Jädert mit Militär besetzt, trotzdem daß in Jädert die vollkommenste Ruhe herrschte. Am 21. März wurde auf Veranlassung des Landrats die Oberbrücke bei Jädert von Gendarmen und bewaffneten Zivilisten besetzt. In Bärwalde ließ der Landrat v. Keudell den Vertrauensmann des Landarbeiterverbandes zu dem Mühlenbesitzer Karge kommen und sagte dem Vertrauensmann folgendes: Die neue Regierung Kapp habe schon mit der alten Regierung eine Einigung erzielt. Er sollte sich ins unvermeidliche Schicksal fügen. Das hätte er, der Landrat, am 9. November auch tun müssen. Der Vertrauensmann wurde sofort in Schutzhaft genommen, sobald er Propaganda für den Generalfreie machte.

Der Bürgermeister von Rohrin veröffentlichte die Plakate der Kapp-Regierung nicht. Dafür wurde ihm vom Landrat v. Keudell Strafe angedroht.

Der Vertrauensmann des Landarbeiterverbandes in Klein-Bubisfen wurde am 17. März von Gendarmen von der Arbeitsstelle abgeholt und zum Amtsvorsteher Lohn gebracht und dort

in Gegenwart des Landrats

darauf hingewiesen, daß die neue Regierung jetzt am Ruder ist und er sich zu fügen hätte. Vom Amtsvorsteher wurde der Vertrauensmann in Gegenwart des Landrats aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, daß am Nachmittag gearbeitet würde, sonst würde er als Rädelsführer mit einem Jahr Gefängnis bestraft. Es wurden noch drei Landarbeiter geholt und die vier Mann wurden gezwungen, eine Erklärung zu unterschreiben, daß sie am Nachmittag die Arbeit aufnehmen. Am Nachmittag versuchten 12 Gendarmen den Vertrauensmann zu verhaften. Auf die Anfrage nach dem Haftbefehl wurde die Antwort erteilt, daß die Verhaftung auf Befehl des Amtsvorstehers erfolge. Der Gendarm Rapiersti aus Rohrin stieß die Frau des Vertrauensmannes zur Tür hinaus, so daß sie zu Fall kam. Die Frau wurde darauf von den Gendarmen mit Füßen gestossen. Am 1. März vormittag wurde die Verhaftung des Vertrauensmannes durch zwei Offiziere, vier Gendarmen und 26 Soldaten vorgenommen und der Verhaftete auf einem der Transportwagen, die dem Landrat v. Keudell gehörten, abgeführt.

In Reuenhagen Br.-h wurden auf Wunsch des Damänenpächters der Gendarm Großmann und der Hüfjendarm vom Landrat beauftragt, auszukundschaften, ob der Vertrauensmann der Landarbeiter dazu aufgefordert habe, den Generalfreie mitzumachen.

Durch diese Angaben wird das, was Herr v. Keudell schon in der gestrigen Reichstagsitzung zugegeben hat, durch interessante Einzelheiten ergänzt. Ganz als das verfolgte Unschicksal, als das er sich dem Reichstag vorzustellen versuchte, erscheint danach der neue Reichsminister des Innern nicht.

So was wird Hüter der deutschen Reichsverfassung!

Untersuchung gegen Keudell.

Hilflose Ausflüchte des Ertappten. - Die Reichstagsitzung unterbrochen.

Die heutige Reichstagsitzung begann bereits um 11 Uhr bei nur mäßig besetztem Hause. Bei der Fortsetzung der Aussprache über die Erklärung der Reichsregierung erhält das Wort

Abg. Stegerwald (3.).

Redner wendet sich zunächst gegen die sozialdemokratischen Abgeordneten Müller-Franken und Landsberg. Das Zentrum habe keinen Weg zur Bildung der Großen Koalition oder einer Mitterregierung gesehen, es sei auch falsch, die jetzige Regierung als Bürgerblock oder Rechtsregierung zu bezeichnen; ihre praktische Politik werde nicht anders beschaffen sein als die einer Großen Koalition. Auch diese Regierung habe Arbeiter hinter sich, deren Interessen sie wahrnehmen würde. Die Bezeichnung „bürgerliche Parteien“ wirkt schon etwas altmodisch. Das Zentrum habe doch unter seinen 4,2 Millionen Wählern mindestens 1,2 Millionen Arbeiter und Angestellte. Keinhlich liege es auch bei den Deutschnationalen. Sind denn die Arbeiter keine Bürger? (Zurufe von den Sozialdemokraten.)

Im Zentrum gebe es keinen Menschen, der die jetzige Koalition als münchenswert angesehen habe.

Deshalb habe der Redner von dem, was er gesagt und geschrieben habe, nichts zurückzunehmen. Was das Zentrum tun konnte, um ein Mittelkabinett mit Unterstützung von links zu ermöglichen, sei geschehen, die zweite Möglichkeit sei die jetzige Regierung gewesen, die dritte Möglichkeit die Reichstagsneuwahl, aber die hätte keine Verbesserung der politischen Verhältnisse gebracht, man würde sich nach einer Neuwahl nur noch weiter nicht nur von der Weimarer, sondern auch von der Großen Koalition entfernt haben. (Sehr richtig! im Zentrum.) Auch bei den Deutschnationalen seien Kräfte vorhanden, mit denen das Zentrum zusammenarbeiten könne. Aber wichtiger sei es, die Kräfte von links zur Mitarbeit am Staate heranzuziehen. Vor dem Kriege habe der Klassenkampf zerrüttend auf den Staat eingewirkt, jetzt mühten wir aus der Atmosphäre herauskommen, in der jahrzehntelang sich Besitzende und Besitzlose im Haß gegenüberstanden hätten. Das

Zentrum sehe seine Aufgabe darin, vermittelnd zu arbeiten, und wir mühten jetzt zu einer ganz neuen Volksordnung kommen, für die auch die sozialistischen Arbeiter gewonnen werden mühten.

Wie in keinem anderen Lande der Welt seien die arbeitenden Massen in Deutschland entwürdet worden.

Das Zentrum wolle jetzt die Verwurzelung dieser Massen mit dem Staate wiederherstellen.

In der Schlußfrage wolle das Zentrum nicht, daß auf die gläubigen Schüler der ungläubigen Lehrer losgelassen werde. Die Kinder sollen so erzogen werden, wie die Eltern es wünschten. Die Dissidenten sollen nicht wie früher unterdrückt werden, aber auch die Kinder der Gläubigen sollen keinem Zwange unterworfen werden. Die beste Schulpolitik sei die, die die Kinder zu Staatsbürgern erziehe, aber auch die verschiedenen Bekenntnisse achte.

Die Aufnahmefähigkeit der deutschen Wirtschaft muß gesteigert werden durch die Förderung der Landwirtschaft und durch die Hebung der Kaufkraft der Arbeiter und Angestellten.

Den Arbeitern komme es nicht auf hohe Nominallöhne, sondern auf hohe Reallohn an. Es müsse verhütet werden, daß die Mittelschichten noch weiter hinabgedrückt werden. Das Zentrum wolle keine Proletarisierung des Mittelstandes, es sollen nicht Zustände herbeigeführt werden wie in Amerika und England. Auf dem Gebiete der Arbeitsbeschaffung müsse zur Bekämpfung der Erwerbslosigkeit das denkbar Mögliche geschehen. Den jugendlichen Arbeitslosen müsse besondere Sorgfalt zugewendet werden. Auch die Wohnungsfrage sei mit dem größten Ernst zu behandeln. Man müsse die notwendigen Mittel zu erträglichem Zinsfuß zum Bau von Wohnungen bereitstellen und durch Typisierung den Wohnungsbau verbilligen.

Den Weg, den Abg. Müller-Franken eingeschlagen habe, könne man nicht gehen, nämlich erst Lohnerhöhungen und dann Mietserhöhungen. (Hört! hört! bei den Soz.)

Das Zentrum wolle einen Zustand der sozialen Ordnung, in dem sich der einzelne wie die Familie wohlfühle und der Aufstieg der arbeitenden Massen gefördert werden. Politische Freiheiten hätten wir schon, dazu müsse der Ausbau der Sozialpolitik kommen. Die Gewerkschaften hätten die Aufgabe, die Kräfte der Arbeiterklasse zu schulen. Das Zentrum sei für organische Entwicklung, und daher sei es gleich, ob es in dieser Reaktion drin sei oder nicht. Die Staatspolitik sei jahrzehntelang auf allen Gebieten antisozial gewesen; das dürfe sich jetzt nicht wiederholen. Das Zentrum sei nicht umgefallen, indem es sich an der gegenwärtigen Koalition beteiligt habe, es werde auch künftig seine bisherige Politik fortsetzen. (Bravo! beim Zentrum.)

Abg. Stöcker (Komm.) vermißt es, daß der Innenminister v. Reußell auf die gegen ihn gerichteten Angriffe noch nicht geantwortet habe.

Nach längeren außen- und sozialpolitischen Darlegungen kommt der Redner auf den neuen Innenminister v. Reußell zu sprechen, der gestern alles, was Landsberg gegen ihn vorgebracht, habe zugeben müssen. Die Berufung v. Reußells auf seine vorgelegte Behörde sei nur eine Ausrede; wenn etwa die sagenhafte Arie von Jägeritz das Regierungspräsidium in Frankfurt a. D. Ober befehlt und von dort aus den Landräten bestimmte Weisungen gegeben hätte, wer glaubt, daß v. Reußell solche Weisungen befolgt hätte?

Will Reußell jetzt leugnen, daß er noch im Sommer 1924 auf seinem Gute eine zu militärischen Zwecken einquartierete Abteilung der „Olympia“ ein bis zwei Monate lang beherbergt hat, die unter Führung eines aktiven, von der Gießerei Reichswehr beurlaubten Offiziers in allen Zweigen militärischer Tätigkeit ausgebildet worden ist?

Will er leugnen, daß der Führer der „Olympia“, Oberst v. Lud, wiederholt auf dem Reußellschen Gut während dieser militärischen Ausbildung erschienen ist, um sich persönlich von den Fortschritten zu überzeugen? Will er leugnen, daß Oberst v. Lud wiederholt Gast des Herrn v. Reußell gewesen ist? Vorsichtigerweise hat der neue Minister vorgezogen, sich zu verdrücken und nicht hier zu sein, sonst würde ich ihn noch erinnern an die Abschiedsrede, die er nach Beendigung der militärischen Ausbildung an die „Olympia“ gehalten hat, und in der er nach den üblichen Phrasen, daß das Vaterland wieder erstarken müsse usw., wörtlich gesagt hat: „Wenn es wieder losgeht gegen den äußeren oder inneren Feind, dann gilt es auf dem Posten zu sein und seinen Mann zu stellen.“

Das ist der Geist des neuen Innenministers, und dem wird die Innenpolitik dieser Regierung und des schicksalichen Junkers, der ihr Innenminister ist, entsprechen.

Abg. Feder (völk.) vermißt an der Regierungserklärung den Hinweis auf die Maßnahmen, die für Rentner, Angestellte und Beamte zu treffen seien.

Abg. Landsberg (Soz.):

Minister v. Reußell wird noch einmal das Wort nehmen müssen, sei es auch nur um Mitteilungen, die ich zu machen habe, als richtig zuzugeben. Er hat es gestern so dargestellt, als ob er in der Zeit des Kapp-Putsch genau derselbe treue Beamte der Republik gewesen sei, wie er es jetzt nach seinem Ministeramt sein muß, und daß er lediglich im Auftrag seiner vorgelegten Behörde, des Regierungspräsidenten in Frankfurt a. D. gewisse Flugblätter zur Unterstützung der Kapp-Diktatur habe verbreiten lassen. Noch den uns zugegangenen Informationen ist diese Darstellung unrichtig:

Nicht nur hat Landrat v. Reußell in der Zeit des Kapp-Putsch seiner weitgehenden Sympathie mit dem Unternehmen des Kapp durch die Tat und durch das Wort Ausdruck gegeben. (Hört, hört! links.)

Die Flugblätter mit Verordnungen und Bekanntmachungen der Kapp-Regierung sind im Kreise Königsberg i. d. Neumark amtlich verbreitet worden, die Verordnungen der rechtmäßigen Regierung aber nicht. (Zurufe rechts: Die war doch ausgedrückt!) Meines Wissens hat die Reichsregierung ihren Sitz damals nicht nach Doorn verlegt. (Sehr gut links. — Zurufe rechts: Sie sind doch auch ausgedrückt.) Ich war damals in Brüssel. Die deutsche Regierung hatte damals den Generalfreistreit proklamiert zur Abwehr des Kapp-Putsch. Die deutschen Beamten waren verpflichtet, den Anweisungen der deutschen Regierung entsprechend zu handeln. Was aber hat Herr v. Reußell getan, als der Vertrauensmann des Deutschen Landarbeiterverbandes für den Generalfreistreit Propaganda machte? Ließ er diesen Mann zu einem Mühlenbesitzer kommen, um ihm folgende Veröffentlichung

vorzulesen: „Die neue Regierung Kapp hat mit der alten Regierung eine Einigung erzielt, und ergänzt sie“, der Vertrauensmann des Landarbeiterverbandes soll sich nun in das unvermeidliche Schicksal fügen, wie er, nämlich Herr v. Reußell, das am 9. November 1918 getan habe? (Große Heiterkeit.) Wenn der Vertrauensmann weiter für den Generalfreistreit tätig sei, so werde der Landrat v. Reußell ihn in Schutzhaft nehmen müssen. (Stürmisches Hört! Hört!) Die Darstellung des Herrn v. Reußell, daß die Brücke nur mit Gendarmen besetzt worden sei, ist falsch. Tatsächlich waren an der Besetzung Zivilisten beteiligt, d. h. Kappisten.

Herr v. Reußell hat auch noch in anderen Fällen die Beteiligung an dem von der Regierung angeordneten Generalfreistreit gegen die Kapp-Regierung zu verhindern gesucht. Aus diesen Tatsachen geht hervor, daß Herr v. Reußell die Bekanntmachungen der Kapp-Regierung veranlaßt hat, dagegen die Bekanntmachungen der Reichsregierung von ihm nicht veröffentlicht worden sind, und daß er die Maßnahmen, die die verfassungsmäßige Reichsregierung angeordnet hat, um die Kapp-Regierung niederzuwerfen, zu vereiteln gesucht hat. Zu diesem Punkte wird sich Herr v. Reußell hoffentlich noch äußern.

Als Präsident Löbe nunmehr mitteilt, daß weitere Meldungen nicht vorliegen, entsetzt im Hause ein Sturm der Entrüstung. Gleich darauf teilt der Präsident mit, daß Herr v. Reußell sich jetzt zum Worte gemeldet habe. Er habe das nicht früher getan, weil er glaubte, daß die Rednerliste noch nicht abgeschlossen sei.

Innenminister v. Reußell

beruft sich auf seine gestrigen Ausführungen, wonach er vom Regierungspräsidenten den Auftrag bekommen habe, den Weisungen des Militärbefehlshabers zu entsprechen. Ihm sei nichts davon bekannt gewesen, daß von der Regierung der Generalfreistreit proklamiert worden sei. Auf Anordnung des Kommandos von Küstrin habe er dem Generalfreistreit entgegenwirken müssen. Herr v. Reußell behauptet weiter, daß er die Brücke zum Schutz gegen kommunistische Herden aus Oberswalde habe besetzen lassen müssen.

Er gab zu, daß an der Brücke nicht nur Gendarmen standen, sondern auch zwei Zivilisten.

Zu der kommunistischen Interpellation, wonach auf seinem Gute die Olympia beherbergt worden sei, erklärt er, das sei 1924 gewesen, als die Olympia in Preußen noch nicht verboten gewesen sei. Damals habe sich tatsächlich ein Ferienlager der Olympia bei ihm aufgehalten. Abg. Höllein (Komm.) ruft: Ihre Stirn, Ihre Stirn möchte ich haben. (Stürmisches Heiterkeit.) Der Minister erklärt zum Schluß, daß der Vertrauensmann Gasse, auf den sich Abg. Landsberg gestützt habe, unglaubwürdig sei.

Nach der Feststellung seiner Kappistenaktivität im Reichstage hätte man erwarten dürfen, daß der hauptsächlich zur Wahrung der Verfassung berufene Reichsinnenminister die Erklärung abgäbe, er hätte unter dem Eindruck der Kapprebellion zwar eine politische Dummeheit gemacht, habe sich jedoch inzwischen überzeugt, daß die Republik die einzig mögliche Staatsform sei und aus diesem Grunde seine politische Auffassung geändert. In solchem Falle hätte man mit überwindlichen Umständen bewilligen und die Haltung des Landrats v. Reußell auf mangelnde politische Urteilsfähigkeit zurückführen können. Aber es geschah nichts von alledem. Vielmehr erklärte Reußell, daß er auch in Zukunft unter ähnlichen Umständen die gleiche Haltung einnehmen werde!

Das ist eine vielleicht unbedachte Ausrede, die jedoch alle Möglichkeiten für die Zukunft offen läßt. Der Reichsminister des Innern hat ganz besonders die Aufgabe, gegenüber den Behörden die Innehaltung der Reichsverfassung zu überwachen. Er gerabe ist berufen, den von ihm abgelegten Verfassungseid außerordentlich peinlich zu beachten. Welches Maß von Vertrauen, außer der parteimäßigen Abstimmung im Reichstag, will aber dieser Reichsinnenminister für sich in Anspruch nehmen, wenn er, nachdem er schon einmal die Verfassung und seine Verpflichtung gebrochen und mit den Putschisten gemeinsame Sache gemacht hat, nun ausdrücklich die Wiederholung eines solchen Verhaltens in Aussicht stellt?

Zweifelloos gibt es für alle Sünden auch eine Verjährungs-

frist. Man kann durchaus der Meinung sein, daß auch die Sünden der Kappisten einmal verjähren und daß man wertvolle Kräfte nicht nur deshalb dauernd ausschalten sollte, weil sie in unruhigen Zeiten sich auf die falsche Seite geschlagen haben. Aber um zu diesem milden Urteil zu kommen, müßte man bei den in Frage kommenden Personen doch auch eine äußerlich erkennbare Wandlung feststellen können. Wo ist diese Wandlung bei dem Kapp-Landrat Reußell in die Erscheinung getreten? Ist es nicht richtig, daß er noch bis zum Ende seiner Tätigkeit als Reichshauptmann in seinem Bezirke — 1923 — sich immer noch als „Königlicher Landrat a. D.“ bezeichnete? Paßt diese gewollte Hervorhebung seiner monarchischen Tradition zu dem Amt des Hüters der Reichsverfassung?

In keinem anderen Lande der Welt wäre es möglich, daß ein politisch so belasteter Mann wie Reußell in ein so verantwortliches Amt wie das eines Reichsministers berufen oder ihm gar die besondere Überwachung der Innehaltung aller Verfassungsbestimmungen übertragen würde. Wenn nach dem abgelegten Bäckischen Grafen der Kappist Reußell in das Reichskabinett berufen wurde, so verstärkt das nur noch das ohnehin in reichstem Maße vorhandene Mißtrauen der Sozialdemokratie und aller republikanisch gesinnten Kreise gegen dieses Ministerium des Besitzbürgerblocks!

Nicht vom König reden!

Sagt Bethlen.

Budapest, 5. Februar. (W.B.) Bei der Beratung des Gesetzentwurfes über die wirksamere Kontrolle der Gemeindehaushalte verwarf die Ministerpräsident Graf Bethlen in entscheidendster Form gegen die in einigen Blättern erschienene Nachricht, als ob er die Munizipien durch die Kontrolle in Fesseln schlagen wolle, um die Königsfrage seinerseits überraschenderweise lösen zu können. Er erklärte, er wüßte sich mit der Königsfrage nicht zu befassen. Er könne nichts dafür, wenn diese Unterstellung von Zeit zu Zeit wieder auftauche, da er die fixe Idee einiger Tollköpfe nicht verhindern könne, daß sie mit ihren fixen Ideen hervortreten.

Herr Escherich, der Orgeßmann, war dieser Tage in Wien, wo er geredet hat, und in Budapest, wo ihn die Hauptreaktionäre empfangen und feierten. Sollte Bethlen etwa gar den Orgeßmann unter die Tollköpfe rechnen?

Die Senker Strafe für die Ohrfeige, die Justiz dem Bethlen zugeleitet hat, ist rechtskräftig geworden.

Schanghai gefallen!

Eine unbestätigte Meldung.

Einige Berliner Morgenblätter veröffentlichten ein Telegramm einer angeblichen „Chinesischen Nachrichtenagentur“, wonach Schanghai „mit Hilfe der Schanghaier Bürgerwehr von der weißgardistischen Armee Tschuan Fengs gesäubert und im Namen der südjapanischen Revolutionsregierung besetzt worden“. Die Ausdrucksweise dieser Meldung verrät ihren kommunistischen Ursprung. Was ihren Inhalt angeht, so handelt es sich nicht um eine Einnahme Schanghais durch die Truppen der Nationalarmee, die nach den letzten Meldungen den Vormarsch gegen Schanghai erst begonnen hat, sondern um einen brüßlichen Aufstand. Aber selbst hierüber liegen keinerlei Befestigungen vor.

Einfuhr gehalten hat die deutschösterreichische Bundesregierung; nachdem sie leghin einen ungarischen Revolutionär auf Diebstahlsbeschuldigung ausgeliefert hatte (obwohl er sich die Pilsadern auschnitt), der Mann aber trotz ungarischer Freisprechung dann interniert wurde, hat sie jetzt die Auslieferung des ungarischen Kommunisten Franz Brandel trotz Rechts- und Kaufanfrage abgelehnt, da er diese angeblichen Verbrechen in der Kätzezeit wider Gegenrevolutionäre begangen habe, sie also wahrscheinlich politischer Natur seien.

Ein Volksstück in Bilderbuch-Manier.

Das war gestern ein höchst dauerhafter Beifallssturm im Schiller-Theater. Das Publikum freute sich über das handfesteste Theater, das ihnen „Kazzia“, Berliner Tragikomödie von Hans A. Rehslich, geliefert hatte. Die Puffer, die mit der derben Qualität der gebotenen dramatischen Kunst nicht einverstanden waren, befanden sich in hoffnungsloser Minorität.

Hans A. Rehslich hat sich also entschlossen, da die vielfachen mühseligen Versuche, eine neue dramatische Kunstform zu finden, bisher ergebnislos verlaufen sind, ein richtiges Volksstück mit den altbewährten naturalistischen Mitteln auf die Beine zu stellen. Er macht das, um wenigstens damit seine Verbundenheit mit der heutigen Zeit zu demonstrieren, nach der neuerdings beliebten, von Reoue und Film herkommenden Bilderbuchmethode.

Der Autor will ein großes soziales Problem aufrollen, indem er das trübe Schicksal einer Arbeiterfamilie schildert. Der sonst besonnene Fabrikarbeiter und Parteifunktionär Jakob Rast gerät mit seinen wohlgeordneten Anschauungen außer Rand und Band, weil seine Frau, die einen kleinen Grünthambandel betreibt, wegen einer Rogelei mit falschen Gewichten ins Untersuchungsgefängnis wandert. Er selbst ahnt zunächst nichts davon, daß seine Frau wirklich falsche Gewichtsstücke benutzt, sondern sieht im brutalen Vorgehen des Schuhmannes einen Racheakt. Denn diesem Schuhmann hat er kurz vorher das Haus verboten, weil er seiner Tochter Duce zu nahe getreten ist. Dann aber erfährt Rast, daß seine Frau tatsächlich fünf Jahre moget. Er ist darüber entsetzt, was unmenslich die Geschismaschine arbeitet. Aus geringfügigem Anlaß — es handelt sich um ein paar Handvoll zu wenig verabfolgtem Spinat — wird eine Existenz materiell und moralisch vernichtet. Es wächst sich daher in seinem Kopfe eine fixe Idee fest: er will, allmählich von allem verfallen, woran er noch bis vor kurzem geglaubt hat, von sich aus die unmenslichen Zustände ändern. Da er aber höchst zweifelhafte Mittel und Menschen für seine idealen Ziele benutzt, so scheitert die proletarische Revolte noch bevor sie richtig angefangen hat.

In diesem Prosa ist, das sehen wir im Verlauf der Bilderfolge, nicht der Fabrikarbeiter Rast, sondern die mangelhafte Initiative des Dichters schuld. Rehslich hat sich offenbar vorgenommen, einen ganzen Komplex sozialer Fragen der Lösung näherzubringen. Er beginnt seine Komödie auch mit bewundernswürdigem Schwung. Nach dem fünften Bild war daher der begeisterte Applaus vollumfänglich. Für den zweiten Teil aber ist dem Autor der Atem ausgegangen. Eine Handvoll Motive gehen wir durcheinander: Michael-Rohhaas-Tragödie, Obdachlosenproblem, Klassenjustiz usw. — der Zuschauer hat das unangenehme Gefühl, daß Rehslich, um Effekte zu erzielen, ein Problem künstlich auf das andere packt, ohne die Kraft zu besitzen, von sich aus etwas zur Lösung beizutragen. Mit Schmutz denkt man an Hauptmanns „Katten“. Es gibt mehr

als einen Berührungspunkt mit dieser Berliner Tragikomödie. Nur daß in den „Katten“ das Motiv für die Schicksalstragödie innerlich menschlich empfunden ist, während in „Kazzia“ die Bühnenfiguren manchmal nur literarisch aufgepumpten Aktrappen vorstellen. Sie reden auch eine recht unechte Sprache. „Er glupst mir immer uff den Berne, daß man sich schämen mecht, welche zu haben.“ So geschwollen redet keine Berlinerin.

So unecht wie die Mehrzahl der Szenen wirken auch Pirchans Bühnenbilder und eine ganze Anzahl der von Karl-Heinz Martin ins schwebende Tau genommenen Darsteller. Der Regisseur hat zwar prominente Schauspieler beschäftigt, nur daß sie nicht immer zu ihrer Rolle paßten. Gerda Müller wirkt als in die Geschismaschine geratene Grünthambrau von der ersten bis zur letzten Szene hölzern, und Paul Graeb spielt mit viel ausgetragenen, auf äußerliche Wirkung erpichtem Mitteln. Dagegen bietet Paul Bildl als Hochstapler mit dem goldenen Herzen und Erich Kiewe als pflichttreuer Schuhmann reinen Genuss, ebenso wie Friedrich Kaphler als der aus der Bahn geworfene Fabrikarbeiter Rast. Till Klokow fand sich nach einigen Vertrampelheiten bald in ihre höchst unwahrscheinliche Rolle, und unter den vielen Nebenfiguren taten sich Max Bohi als jüdischer Pferdehändler und Rosa Pategg als handfestes, durchaus ins Leben passendes Fischweib hervor.

Ernst Degener.

15 Minuten Arbeitsruhe!

Aus Wien wird uns geschrieben: Schaurig heulen die Sirenen der Fabriken... Am Fahnenmast des Volkshauses steigt die schwarze Trauerfahne empor. Was ist geschehen? Wie ein Lauffeuer steigt es von Mund zu Mund und löst auf allen Gesichtern Entsetzen aus. Noch will es niemand recht glauben, da kommen die Zeitungen, Gruppen bilden sich, stehen und lesen atemlos... Schweigen... Lesen wieder, dann verzerrten sich die Gesichter, und ein einziger Ruf aus hunderten Reihen: „Arbeitermörder!“

Eine schmoche Bahnstunde von Wien liegt das Burgenland, ein kleines, fruchtbares Land, dessen überwiegende Bevölkerung aus Land- und Industriearbeitern besteht. Vor dem Anbruch des Burgenlandes an Oesterreich hatten sie ein hartes Los unter dem Horthy-Regime Ungarns, und noch heute werden sie terrorisiert von den schwarz-gelben Frontkämpfern desselben und den monarchistischen Magyaren jenseits der ungarischen Grenze. Von Tag zu Tag, von Woche zu Woche wird das Treiben dieser Landesverräter, die ein neues Regime des Hauses Habsburg herbeiführen wollen, unerträglicher. Die klerikale österröische Regierung läßt das Treiben geschehen und schließt es noch.

Die sozialdemokratische Arbeiterklasse in dem kleinen Ort Schattendorf hat eine Versammlung einberufen. Da sind Männer und Frauen und Kinder im geschlossenen Zuge, der zum Versammlungsort geht. Alle sind unbewaffnet. Als der Zug vor einem Gasthaus vorüberzieht, dessen Wirt allgemein als Magyaronen bekannt ist, rufen einige: „Horthy-Mörder!“ Da trafen aus den

vergitterten Fenstern Schüsse, die wehrlose Menge stieß, aber auf der Straße ringt ein kriegsverletzter Arbeitsloser mit dem Tode, und ein achtjähriger Knabe, der einzige Sohn eines Arbeiters, liegt mitten ins Herz getroffen, im Stauhe. Sieben Arbeiter schleppen sich, teils schwer, teils leichter verletzt, davon. Der Kriegsinvalide stirbt, ehe ihm Hilfe gebracht werden kann.

Die Wörder fliehen über die Grenze, und andere versteckt der Pfarrer in der Kirche! Im ganzen Rayon sind nur zwei Gendarme anwesend, aber gleich drüben über der Grenze stehen die Banden der Magyaronen schwer bewaffnet und im eigenen Lande die schwarz-gelben Landesverräter und lauern auf den glücklichen Augenblick, das Burgenland wieder unter Ungarn zu bringen. Ein Land, dessen Mehrheit aus sozialdemokratischen Land- und Industriearbeitern besteht. Die wenigen Gendarmen senden erste Berichte, aber die Regierung kümmert sich nicht darum.

Aber die Antwort der Arbeiterschaft Oesterreichs bleibt nicht aus. Vor dem Wiener Rathaus gehen die endlosen Jäger der Arbeiter auf und demonstrieren gegen diese Mordtat und demonstrieren für den Wiener Gemeinderat, der sozialistisch ist, und den die Bourgeoisie stürzen will. Der Gemeinderat, der ihnen in drei Jahren 50 000 Wohnungen erbaut hat, in denen sie fast umsonst wohnen, der Gemeinderat, der ihnen Schulen und Bäder gebaut hat, der Gemeinderat, der jedem Säugling die Wäsche in die Wiege legt, diesen Gemeinderat will man stürzen, und drausen im Burgenland trauern schon die Schüsse auf wehrlose Arbeiter.

Lauende und Zehntausende stehen um das Rathaus. Jüngling Redner sprechen zu der Menge, und wie Gewitterstürme brausen die Rufe der Arbeiter über den Platz und fordern Neuwahlen und fordern die Bestrafung der Mörder und fordern Waffen, um sich verteidigen zu können.

Der Tag des Begräbnisses der Gemordeten kommt. Ein Generalfreistreit in der Dauer einer Viertelstunde bringt über ganz Oesterreich Stille und Ernacht. Die Arbeit in den Fabriken, in den Bureaus, in den Geschäften, in den Kammern ruht. Die Motoren stehen still, die Wagen auf den Schienen. Zu kurzem Gedanken stehen die Arbeiter entsetzten Hauptes im ganzen Lande, während an der Grenze im Burgenland die Opfer in die Erde gefallen werden.

Erkennungen der Woche. Mittw. Renaissance-Zd.: „Über Wama-Freit. Strokovar.“ — Zbl. d. Arbeiter: „Die Wama-Freit.“ — Zbl. d. Kommandanten: „Die letzte Wama-Freit.“ — Sonnab. Zbl. d. Arbeiter: „Die letzte Wama-Freit.“

Kranke-Veranstaltungen. Täglich: „Das schaffende Amerika“ Sonnab. (9): „Sommerfest durch Klatsch.“ Ab Mont. täglich außer Mittw. (7): „Am der Schwelle des Lebens.“ Sonnab. (9): Dr. Kollas: „Caligari, Expressionismus und Wunder im Film.“

Signerprimas Rio gestorben. Wie die „Paris Times“ aus New York meldet, ist der lehrreich weitbekannt gemordete ungarische Signerprimas Rio in einem New Yorker Krankenhaus im größten Elend gestorben. Rio wurde in seiner Glanzzeit besonders in Paris gefeiert. Er war siebenmal verheiratet, darunter auch mit der Prinzessin Olima.

Kunstvorträge im Kaiser-Friedrich-Museum mit Dr. S. Damm am Sonntag, 10-11 Uhr, über: Die Gemälde der venezianischen Meister bis Tizian“ Vortrag.

Bestrafte Heße eines Völkischen. Drei Monate Gefängnis wegen Beschimpfung Rathenau's

Vor dem Erweiterten Schöffengericht Mitte hatte sich dieser Tage wiederum der frühere verantwortliche Redakteur des „Deutschen Tageblattes“, Dr. Lippert, zu verantworten. Bekanntlich ist Dr. Lippert erst kürzlich wegen Beleidigung des preussischen Ministers Hirtfelder zu 2000 Mark und wegen Beleidigung des Regierungsrates Schönebeck zu einem Monat Gefängnis verurteilt worden. Diesmal lautete die Anklage auf Vergehen gegen § 7 des Republikstrafgesetzes, und zwar soll Dr. Lippert über den verstorbenen Reichsminister Rathenau „unwahre und schimpfliche Tatsachen“ behauptet haben. Staatsanwalt Zimmermann beantragte sechs Monate Gefängnis.

Nach längerer Beratung kam das Schöffengericht zu folgendem Urteil: Das Gericht sei nach sorgfältiger Erwägung zu der Ueberzeugung gekommen, daß der Angeklagte über den Rahmen der objektiven Kritik, die an sich berechtigt sei, hinausgegangen wäre. Wohl sei er berechtigt, eine politische Persönlichkeit zu kritisieren. Er konnte durchaus zu den wissenschaftlichen Lehren Rathenaus, die unstrittig sind, und zu denen das Gericht es ablehnt, pro oder contra Stellung zu nehmen, Stellung nehmen. Er macht aber Rathenau den Vorwurf verbrecherischer Handlungen. Bezeichnend ist schon, daß er in Verbindung mit dem Namen Rathenau mehrfach von Komplizen spricht, was nach dem Sprachgebrauch der Gerichte Leute bedeutet, die in Verbindung mit einem Verbrecher stehen. Auch der wegen seiner Schandtat abgeurteilte Hötz wird als Gehilfe Rathenaus bezeichnet. Zugute hat das Gericht dem Angeklagten gehalten, daß er seine Tätigkeit beim „Deutschen Tageblatt“ aufgegeben hat, und daß er künftig voraussichtlich nicht mehr in Verführung kommen wird. Vergehen gegen das Republikstrafgesetz zu begehen. Deshalb hat das Gericht auf die niedrigste zulässige Strafe erkannt und den Angeklagten zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Die bayerischen Staatsbetriebe.

Umwandlung in eine Aktiengesellschaft beschlossen.

Aus München wird uns geschrieben: Die endgültige Entscheidung über die Umwandlung der bayerischen Staatsbetriebe in eine Aktiengesellschaft, deren Anteile zunächst vollständig im Besitze des Staates bleiben, ist am Donnerstag im Plenum des Bayerischen Landtages gefallen. Auf Verlangen des Finanzministers haben die Regierungsparteien alle wesentlichen Verbesserungsvorschläge der Sozialdemokraten abgelehnt, so daß unsere Fraktion bei der endgültigen Abstimmung gegen den Gesetzentwurf der Regierung stimmte.

Diese ablehnende Haltung ist damit begründet, daß durch die maßlose Hereinnahme von Vertretern der Privatindustrie in den Aufsichtsrat der neuen Aktiengesellschaft die große Gefahr besteht, daß die Tätigkeit der Privatindustrie in dem Aufsichtsrat die schließliche Preisgabe des Staatsbesitzes an das Privatkapital zum Endziel hat. Ferner ist damit zu rechnen, daß in der neuen Aktiengesellschaft die hohe Bureaucratie, die bisher die Staatswerke nicht zu ihrem Vorteil verwaltet hat, in den leitenden Stellen verbleibt, nur mit dem Unterschied, daß sich ihre erfahrungsgemäß betriebshemmende Tätigkeit in Zukunft noch unehemter ohne die Kontrolle der Volksvertretung austoben kann. Alle ausschlaggebenden Posten der neuen Gesellschaft bleiben mit allen Staatsbeamten besetzt, und die Sorge ist nicht von der Hand zu weisen, daß die Gesellschaft zum Zufluchtsort überalterter oder anderweitig nicht mehr verwendbarer Beamter wird. Mit Recht fürchten auch die 6000 Arbeiter und Angestellten, daß diese ihrer Willkür noch weit mehr als bisher die Fügel schwingen lassen werden, nachdem alle sozialdemokratischen Anträge auf Einrichtung sozialpolitischer Maßnahmen nach dem Muster der „Preußag“ von der Regierung abgelehnt worden sind.

Polizeisalven auf Weißrussen.

Fünf Tote, sechs schwerverletzte Bauern.

Warschau, 5. Februar. (WZ.) Die „Głos Prawdy“ („Stimme der Wahrheit“, Organ Pilsudskis, Red. des „Vorwärts“) meldet, war Kossow in Polnisch-Weißrußland vorgeführt. Schlußplatz blutiger Vorgänge. Auf dem Hauptplatz, wo anlässlich des Wochenmarktes ungefähr 1500 Bauern aus der Umgebung versammelt waren, wurden von zwei Agitatoren radikale Ansprachen gehalten, in denen sie baldige Hilfe von Sowjetrußland anforderten. Als die Polizei bei dem Versuch, die Redner zu verhaften und die Bauern zu zerstreuen, auf tödlichen Widerstand stieß, machte sie von der Waffe Gebrauch und gab zwei Salven in die Menge ab. Es wurden fünf Personen getötet und sechs schwer verletzt.

Wir wissen nicht, ob das die erste Bluttat der weißrussischen Nationalbewegung in Polen ist — gewiß sind wir aber, daß die Unterdrückung der Minderheitsvölker jedem Staat auf die Dauer zum Verderben wird.

Das Pilsudski-Blatt stellt den blutigen Vorfall im Sinne der polnischen Machthaber dar. Man wird abwarten müssen, was die Opposition im Sejm darüber berichten wird.

Prozess gegen die weißrussischen Abgeordneten.

Warschau, 5. Februar. (WZ.) Gestern nachmittags kam im Sejm die Frage der Auslieferung der fünf Abgeordneten aus Polnisch-Weißrußland an die Gerichte zur Verhandlung. Der Berichterstatter Abg. Dobrzanski (nat.) wiederholte die Vorwürfe, daß die weißrussische Hromada zum Teil mit russischem Gelde verbände gebildet habe, die in Polnisch-Weißrußland im Falle eines polnisch-russischen Krieges aufständisch organisiert hätten und den Russen militärisch zur Hilfe gekommen wären. Der Berichterstatter behauptete auch, daß nicht nur vom Osten, sondern auch vom Westen her Angriffsabsichten gegen Polen gehegt würden. Einer von diesen Staaten habe sich sogar durch einen von seinen leitenden Ministern zu diesen heimlichen Absichten bekannt. Hieraus wies der Sejmvorsitzende den Abgeordneten zurecht und ermahnte ihn, die Grenzen der Berichterstatterung nicht zu überschreiten. Der Berichterstatter stellte endlich den Antrag, der Sejm möge die Auslieferung der fünf Abgeordneten beschließen. Der Sprecher der Weißrussen betonte, daß das gesamte Material der Regierung nicht stichhaltig und nur durch bezahlte Lockspiegel zusammengetragen worden sei. Die Anklage lasse sich rechtlich nicht halten. Nach Beendigung der Aussprache stimmte darauf der Sejm der Auslieferung aller fünf Abgeordneten gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, der Minderheitsvölker und der radikalen Bauern mit namhafter Mehrheit zu. Ukrainer und Weißrussen stimmten zum Zeichen des Protestes ein polenfeindliches Truchlied an. Unter allgemeinem Lärm wurde die Sitzung geschlossen.

Die neue sächsische Regierung Azenowitsch erlangte bei der Abstimmung über das Vertrauensvotum infolge der Abwesenheit von 60 „erkrankten“ Abgeordneten mit 148 gegen 103 Stimmen eine Zweidrittelmehrheit von 45 Stimmen.

Forderungen zur Wohnungspolitik.

Kommunale Konferenz der SPD. — Wohnungsbau und Mieterschutz.

Die Kommunale Konferenz der SPD., die von Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung und der Bezirksversammlungen, des Magistrats und der Bezirksämter und auch von Landtags- und Reichstagsabgeordneten besucht war, hörte ein Referat des neuen Stadtbaurats Genossen Wagner über die Wohnungsnot in Groß-Berlin und das sozialdemokratische Wohnungsbauprogramm.

Wagner erinnerte daran, wie im Reich und im Staat unsere Partei und die Gewerkschaften sich um die Durchführung eines planvollen Kampfes gegen die Wohnungsnot

und eines auf eine Reihe von Jahren verteilten Wohnungsbauprogramms bemüht haben. Das jetzt in der Berliner Stadtverordnetenversammlung von der sozialdemokratischen Fraktion in einem Antrag vorgelegte Wohnungsbauprogramm zeigt auch den höheren Instanzen einen Weg, aus der gegenwärtigen außerordentlichen Wohnungsnot herauszukommen. Wagner berechnete, wie es der (schon im „Vormärts“ Nr. 34 in seinem vollen Wortlaut wiedergegebene) Antrag tut, den Wohnungsbedarf für Berlin aus dem nach der letzten Wohnungszählung ermittelten Fehlbedarf, aus dem Neubedarf durch Zunahme der Bevölkerung und der Haushaltungen und durch Zugang von außerhalb, aus dem Wohnungsüberschuss und dem Erlaß für räumlich unzureichende Wohnungen und aus dem erforderlichen Vorratbestand auf jetzt 165 000 und für die nächsten zehn Jahre noch 315 000 Wohnungen, zusammen 480 000 Wohnungen, so daß in zehn Jahren jährlich etwa 50 000 Wohnungen neu zu bauen wären. Das hierzu nötige beträchtliche Kapital läßt sich beschaffen, wenn mit der Hauszinssteuer eingegriffen wird, die bestehen bleiben muß. Sie ermöglicht die Aufnahme von Anleihen, wenn zu deren Vergütung und Tilgung ein alljährlich vom Hauszinssteuereinkommen abgezweigter Betrag verwendet wird. Der Vortragende wandte sich gegen den Vorschlag des Stadtrats Busch, die Hauszinssteuer auf einmal zu kapitalisieren und sogleich eine große Anleihe aufzunehmen. Dabei würde es zweifellos zu einer

Abwürfung der gemeinnützigen Bautätigkeit

kommen. (Zuruf: Ist ja die Absicht!) Dieselbe Wirkung sei von einem Vorschlag des früheren Kammerers Karding zu erwarten, der die Hypothekendarlehen durch Erhöhung der Beleihungsgrenze bei der Kapitalbeschaffung mitwirken lassen möchte. Wagner wies warnend auf die zunehmenden Anstrengungen der Privatwirtschaft hin, die Arbeit der gemeinnützigen Bauwirtschaft zu erschweren. Zur Durchführung seines Vorschlags forderte er eine Gesetzesänderung, aber schon jetzt müsse die Stadt Berlin einen Schritt durch die Reduktion der Privatwirtschaft machen und baldigt zur Aufnahme einer 150-Millionen-Anleihe für den Wohnungsbau schreiten. Auch auf den Baustoffmarkt müsse sie mehr Einfluß gewinnen, um die Bauausführung zu verbilligen. Das Privatkapital hält schon

jetzt die Baustoffe zurück und schraubt die Preise in die Höhe. Genosse Wagner schloß mit der Warnung, vor den großen Aufgaben des Kampfes gegen die Wohnungsnot nicht zurückzuschrecken.

Als Korreferent hob Stadtverordneter Genosse Gutschmidt hervor, daß man nach dem Kriege bei der gemeinnützigen Bautätigkeit, dank dem Einfluß der Gewerkschaften und Wagners, die Notwendigkeit des wirtschaftspolitischen Kampfes erkannt hat. Gutschmidt lenkte die Aufmerksamkeit auf ein zweites Problem, das für das genossenschaftliche Wohnungsweisen wichtig ist. Neben der Wohnungsbauarbeit muß auch die Wohnungsbewirtschaftung von genossenschaftlichem Geist erfüllt sein.

In der Diskussion schilderte Abgeordneter Genosse Lüdemann die Bemühungen der sozialdemokratischen Landtagsfraktion, die preussische Regierung zu wirksamerer Mitarbeit an der Bekämpfung der Wohnungsnot anzuspornen. Die Macht der Hausbesitzerfreunde sei im Wachsen, immer mehr werde auf den Abbau des Mieterschutzes hingearbeitet. Ziel besser als die Arbeiterklasse seien die Bürgerlichen darüber im Klaren, um was es sich handelt. Landgerichtsrat Genosse Ruben zeigte den Zusammenhang der Wohnungsbauforderung mit den anderen Problemen der Wohnungspolitik. Er wies auf die steigende Last der Mietschuld hin, die in argem Mißverhältnis zu den niedrig gebliebenen Löhnen steht. Alle Kräfte müssen eingesetzt werden für

dauernde Erhaltung des Mieterschutzes,

der in das allgemeine Recht übernommen werden muß. Abgeordneter Genosse Silberbach erklärte sich mit dem Wohnungsbauprogramm der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion voll einverstanden. Bei den Beratungen über die Erhaltung des Mieterschutzes werde die sozialdemokratische Partei sich gegenüber einer geschlossenen Bilanz der Bürgerlichen setzen. Schon glauben sie die Zeit gekommen, daß wieder, wie vor dem Kriege, alle Rechte dem Hausbesitzer zustehen. Wir aber müssen versuchen, den bisherigen Mieterschutz zu einem sozialen Wohnrecht weiterzuentwickeln. (Zustimmung.) Wir dürfen die Gefahr nicht unterschätzen, aber nicht mit Verzweiflung, sondern mit Angriffsmut müssen wir dem Kampf um den Mieterschutz entgegengehen. Hier handelt es sich um eine Angelegenheit nicht nur der Mieterorganisationen, sondern der Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Partei. (Lebhafte Zustimmung.) Die warnenden Ausführungen Silberbachs über die Machtgier des Hausbesitzes machten starken Eindruck. Auf weitere Debatte wurde verzichtet. Im Schlußwort unterstrich Stadtbaurat Genosse Wagner, daß die Arbeiterbevölkerung sich aufraffen muß, ihre Mieterrechte zu verteidigen.

Der Vorsitzende Genosse Krille schloß mit der Warnung an die Teilnehmer der Konferenz, sich für die Durchführung des sozialdemokratischen Wohnungsbauprogramms mit allen Kräften einzusetzen. Ein Beschluß wurde nicht gefaßt.

Die Raubüberfälle der letzten Tage.

Die Räuber vom Schiffbauerdamm verhaftet.

Der Raubüberfall am Schiffbauerdamm, der in der Nacht zum Mittwoch auf einen Kaufmann Bartels ausgeführt wurde, konnte jetzt durch die Verhaftung des Täters aufgeklärt werden. Es ist ein 32 Jahre alter wohnungsloser Wilhelm Hohaus, der sich in der Gegend des Stettiner Bahnhofs bis nach dem Schiffbauerdamm herumherzuzugeln pflegte und in seinen Kreisen unter dem Spitznamen „Der Herr von Redenburg“ bekannt war. Bei einer Durchsuchung seiner Taschen fand man das geraubte Feuerzeug. Jetzt konnte er nicht mehr leugnen, behauptet aber vor dem Raubdezernat, dem er vorgeführt wurde, daß er selbst schwer betrunken gewesen sei und nichts mehr wisse. In seinen Strümpfen und Stiefeln fand man 668 M. aus dem Raube. Die goldene Uhr will Hohaus in der Münzstraße an einen unbekanntem Mann verkauft haben.

Zu dem Raubüberfall in der Friedrichstraße erfahren wir, daß das Befinden des alten Herrn Bernstein zu Befragungen keine Veranlassung gibt. Die Verletzungen, die ihm der Räuber durch Hühritritte auf das Gesicht und den Hals beibrachte, sind nicht gefährlich. Bernstein ist aber durch die Aufregung und den schweren Fall doch noch so stark mitgenommen, daß er noch nicht im Zusammenhang die ganzen Vorgänge schildern kann. Gesehen hat die Räuber nur der Lieberfallene selbst. Wie festgestellt wurde, ist nichts geraubt worden. Ob die Räuber lediglich durch die ersten Hilferufe des Lieberfallenen bemerkt wurden, die Klucht zu ergreifen oder ob sie sonstwie an der Durchführung ihres Planes durch eine andere Störung gehindert worden sind, läßt sich nicht sagen. — Auch der Raubüberfall, der auf den Rollenboten Friedrick in Moabit verübt wurde, ist noch nicht weiter aufgeklärt. Von den beiden Räubern, die in der Braunhoferstraße die Autodrohle verließen und in ein Haus hineingingen, hat man noch keine Spur wiedergefunden. Das Abjuchen des Häuserblocks hatte keinen Erfolg.

Vom neuen Verkehrstarif.

Erleichterungen für die Abonnenten.

Die wirtschaftlichen Grundlagen und Wirkungen des geplanten Einheitstarifes für die zusammengefaßten Verkehrsunternehmen sollen nach dem Beschluß der Stadtverordnetenversammlung noch im Aufsichtsrat geprüft werden. Gestern hat im Aufsichtsrat der Straßenbahnbetriebs-G.m.b.H. bereits eine Sitzung stattgefunden, doch ist man noch nicht zu einem Ergebnis gelangt. Die Beratungen werden in der nächsten Woche fortgesetzt.

Die Höhe der Abonnementspreise wird bei der Straßenbahn, obwohl der Preis des Einzelscheines erhöht werden soll, unverändert bleiben. Die Preise des Abonnements der Hoch- und Untergrundbahn sollen sogar herabgesetzt werden von 16 bzw. 11 Mark für die 2. und die 3. Klasse auf künftig 10 Mark für die Einheitsklasse. Für die Hoch- und Untergrundbahn wird daneben noch ein besonderes Abonnement geplant, das die Benutzung des ganzen Hoch- und Untergrundbahnnetzes und dazu einer oder mehrerer Straßenbahnlinien gestattet. Es kostet, wenn eine, zwei, drei oder alle Straßenbahnlinien dazugenommen werden, für den Monat 15 Mark, 17,50 Mark, 20 Mark, 24 Mark. Die Omnibusgesellschaft gibt noch keine Abonnementsarten aus.

Mittelfener in Schöneberg.

Mehrere Löschzüge der Feuerwehr wurden heute früh vor 7 Uhr nach der Kolonnenstr. 56 alarmiert. Auf dem Hof des Grundstücks steht ein einstöckiges, 15 Meter langes Quergebäude; in dem Erdgeschoss befindet sich eine Fabrik und in der ersten Etage eine Eisenkonstruktionswerkstatt. Als Hausbewohner, die den starken Brandgeruch wahrnahmen, den Ursachen nachgingen, wurde festgestellt, daß in den Räumen der Fabrik Feuer ausgebrochen war, das zum Teil schon auf den darüberliegenden Betrieb übergreifen hatte. Die Feuerwehr wurde alarmiert und erschien mit drei Löschzügen unter Leitung des Baurates Pöschel an der Brandstelle. Das Feuer wurde mit vier Schlauchleitungen bekämpft. Unter großem Geräusch brach plötzlich die brennende Decke ein. Mehrere für die Schutzpolizei im Bau be-

findliche zentnerschwere eiserne Wärmeschirme stürzten in das Erdgeschoss. Zum Glück befanden sich die Rammkisten im Augenblick des Einsturzes außerhalb der Gefahrenzone, so daß niemand zu Schaden kam. Die Abfälle und Aufräumarbeiten gestalteten sich infolge der bestehenden Qualentwicklung außerordentlich schwierig. Erst nach etwa dreistündiger Tätigkeit konnten die Wehren abräumen. Der Schaden ist erheblich. Die Entstehungsurache ist noch unbekannt.

Das Reichsbanner ist unerschüttert.

Der Bundesvorstand des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold teilt uns mit:

Die immer wiederkehrenden Behauptungen der kommunistischen Presse und einiger rechtsradikaler Blätter von einer Krise des Reichsbanners in Groß-Berlin sind völlig frei erfunden. Eine dieser Tage stattgefundene Konferenz zeigte deutlich, wie einzig das Reichsbanner im ganzen Reich und auch in Berlin ist. Es kann weder von einer Krise gesprochen werden, noch hat sich die Hoffnung der Kommunisten, daß Austritte aus dem Reichsbanner erfolgen werden, im Reich und in Berlin erfüllt. Das Reichsbanner kennt die Schwere der jetzigen politischen Zeit und ist einzig, wie es immer war.

Der Prozeß Siegfried Skapowker.

Der Hauptangeklagte zu 3 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt

Nach achtwöchiger Verhandlung verurteilte heute morgen das Gericht das Urteil in Sachen Skapowker und Genossen. Siegfried Skapowker alias Sachs wurde wegen Betruges, fortgesetzter Urkundenfälschung und Konkursvergehen zu 3 1/2 Jahren Gefängnis, sein Bruder Heinrich zu 2 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt. Beiden wurde die Untersuchungshaft von 22 Monaten angerechnet. Die übrigen Angeklagten, die ehemaligen Angestellten Skapowkers, erhielten geringere Gefängnisstrafen.

Wir haben am Anfang des Prozesses ausführlich über die eigenartige Karriere Siegfried Skapowkers berichtet. Als Kaufmannslehrling begann er seine berufliche, mit kleinen Betrügereien seine verbrecherische Tätigkeit. Als er seine Vergangenheit abschütteln wollte, wurde sie ihm bei seinen Anstellungen lästig. Da wechselte er seinen Namen und hieß heftiger Sachs. Die Inflation brachte ihm einen schwindelerregenden Aufstieg. Bald hatte er ein Vermögen von 12 Millionen Goldmark zusammen. Die Tochtergesellschaft seines Konzerns waren in ganz Deutschland zerstreut. In umfangreichen Bureauräumen mit einem Riesenstab von Angestellten widmete er seine Geschäfte ab. Dann folgte der Sturz in die stabilisierte Mark. Und nun regierte sich in ihm seine Vergangenheit. Es folgte ein Betrag auf den anderen. Mit geliehenem Gelde kaufte er Zigarren, lombardierte sie wieder und bezahlte keinem Menschen. Ob Skapowker sich bei dem Urteil beruhigen wird, ist noch nicht bekannt.

Politische Schlägerei. Gestern abend gegen 12 Uhr wurde das Lieberfallkommando nach der Neuen Königstraße gerufen, wo eine Schlägerei zwischen Nationalsozialisten und Mitgliedern des Roten Frontkämpferbundes entfiand war, in deren Verlauf der 19jährige Kaufmann Alfred Düwell aus der Büdlerstr. 49 eine Verletzung am Kopfe davontrug. Vier Teilnehmer an der Schlägerei wurden festgenommen und der Abteilung IA des Polizeipräsidiums zugeführt.

Frühmorgensfeier. Samstag, den 6. vormittags 8 Uhr pünktlich, Bärenprobe im Theater der Volkshäuser am Volkspark, Eingang Linienstraße. Alle Beteiligten: Sprechchor, Berliner Volksthor, Gemischter Chor Groß-Berlin, Schubert-Chor, der junge Chor, Kammerchor Harmonie müssen bestimmt erscheinen.

Steuerturium. Die deutschböhmische Stadt Kaden hat eine ganz neue Art der Einnahme für den Steuerfädel erfunden. Man hat dort ganz fähig eine Steuer auf Dessen dekretiert, und zwar vier Kronen (50 Pf.) jährlich für jeden Dfen, ob er benutzt wird oder nicht. Die von der Stadt eingeführte Steuer bedarf noch der Bestätigung durch die Landesbehörde und man erwartet, daß diese die merkwürdige Besteuerung annullieren wird.

